

Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2014)
Heft: 6: 1914-1918 : Willensnation auf dem Prüfstand

Artikel: Vom Armenhaus Europas zur Wohlstandsgesellschaft : Armut und Reichtum - 1914 und heute
Autor: Ryser, Philipp
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-842998>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Armut und Reichtum – 1914 und heute

[ryp] Wer um 1914 herum in Not geriet, musste zeitweise Hunger leiden. Heute gibt es Sozialversicherungen. Sie unterstützen Menschen, die wegen einer Krankheit, durch einen Unfall, durch Verlust der Eltern, durch Arbeitslosigkeit oder im Alter in eine Notlage geraten sind. Steht jetzt deshalb alles zum Besten? Wir schauen genauer hin und stellen die Frage, ob das Sozialprodukt heute tatsächlich so viel gerechter verteilt ist als früher.

Mitte Jahr veröffentlichte Caritas ihren neuen Armutsbericht. Die Botschaft: Über eine Million Menschen in der Schweiz leben in Armut oder knapp über der Armutsgrenze. Das hört sich dramatisch an. Armut in Basel, Bern und Zürich? Jede achte Person in der Schweiz arm? Das zu glauben, bereitet Mühe, denn schliesslich muss hierzulande niemand hungern oder auf der Strasse schlafen. Die existenziellen Grundbedürfnisse können auf jeden Fall befriedigt werden.

Wer die Studie liest, realisiert, dass mit «Armut in der Schweiz» etwas anderes gemeint ist als mit «Armut in einem Entwicklungsland». Arm zu sein in der Schweiz, heisst auf vieles zu verzichten, was für die Mehrheit Standard ist. Beim Wohnen müssen Abstriche gemacht werden und auch bei der Freizeitgestaltung. Wer ein tiefes Einkommen hat, ist gezwungen, dort zu leben, wo es nicht besonders kuschelig ist: in einer feuchten, dunklen Wohnung, an einer viel befahrenen Strasse – kurz: in einem nicht allzu lebenswerten Umfeld. Von Armut Betroffene, so erklärt Claudia Schuway von Caritas Schweiz, «leben und arbeiten unter schlechten Bedingungen, werden öfter krank und sterben früher als finanziell bessergestellte Menschen. Kinder können keine ausreichende Bildung erlangen und geraten damit in einen Teufelskreis der Armut.»

Ausnahmen gibt es immer. Der kürzlich verstorbene, ehemalige Glarner SVP-Ständerat This Jenny beispielsweise ist einer, der es geschafft hat – sich aus bitterster Armut hochkämpfte und zum Multimillionär wurde. In einem Interview im Jahr 2010 sagte er gegenüber «20 Minuten» Folgendes: «Ich wollte unbedingt raus aus diesem Schlamassel und war deshalb sehr ehrgeizig. Ich machte eine Maurerlehre, wurde Baumeister und arbeitete mich bis zum Mehrheitsbesitzer einer Firma mit rund 250 Angestellten hoch. Für mich ist klar: Jeder kann sich selbst aus dem Armutssumpf befreien – wenn er bereit ist, alles dafür zu geben.»

«Wer an Aufstiegschancen für jedermann glaubt, einerlei aus welcher Familie, Sippe oder Religion, ist ein Illusionär.»

Dies mag in Einzelfällen funktionieren. Ein märchenhafter sozialer Aufstieg bleibt aber für die meisten ein realitätsferner Traum. Einmal arm – immer arm. Für diese These hat der schottische Historiker Gregory Clark jüngst diverse Nachweise erbracht. Die «Frankfurter Allgemeine» zog aus dessen Studien folgendes Fazit: «Wer an Aufstiegschancen für jedermann glaubt, einerlei aus welcher Familie, Sippe oder Religion, ist ein Illusionär. Herkunft lässt sich nicht überspielen; was zählt, ist die Familie. Oben bleibt oben, und unten bleibt unten.»

Das war während und vor dem Ersten Weltkrieg nicht anders: Sehr schön beschreibt dies der 1881 in Wien geborene Stefan Zweig. In seinen Erinnerungen zeichnet er die letzten Jahre der Habsburgermonarchie vor dem Ersten Weltkrieg nach. Er nennt diese Zeit eine «Welt von Gestern». Es gab keine Aufstiege, keine Abstiege, keine Erschütterungen und Gefahren. Das Leben lief einförmig, im stets gleichen Rhythmus ab. Die Menschen wussten, wo ihr sozialer Stand war: «gemächlich und still trug sie die Welle der Zeit von der Wiege bis zum Grabe. Sie lebten im selben Land, in derselben Stadt und fast immer sogar im selben Haus.» Die Dinge, so schreibt er, lagen unverrückbar fest: «Alles hatte seine Norm, sein bestimmtes Mass und Gewicht.» Die gesellschaftlichen Hierarchien waren bestimmt. Zuerst stand der Kaiser und «sollte er sterben, so wusste man (oder meinte man), würde ein anderer kommen und nichts würde sich ändern in der wohlberechneten Ordnung».

Die Zeit, an die sich Stefan Zweig erinnert, ist das 19. Jahrhundert in Österreich-Ungarn. In der Schweiz waren die gesellschaftlichen Verhältnisse zu jener Zeit ähnlich starr – wenn auch kein König das Land regierte. Viele Menschen lebten in grosser Armut. Einen Arbeitnehmerschutz gab es nicht. In Schweizer Fabriken wurden fast 10'000 Kinder unter 16 Jahren beschäftigt. 14-Stunden-Arbeitstage waren Alltag, Ferien gab es keine, bezahlte Krankheitstage und eine allgemeine Krankenversicherung schon gar nicht. Wer gesund und robust war, konnte leben. Wer verunfallte, krank oder alt wurde, musste selbst schauen, wie er ein Auskommen fand. Ein «Burn-out» konnte man

sich nicht leisten. Man hatte zu funktionieren – sechs Tage die Woche, jahraus, jahrein. Die Arbeiter litten teilweise grosse Not und lebten unter erbärmlichen Bedingungen. Trotzdem zogen viele Landbewohner in die Städte, denn in den dortigen Fabriken gab es wenigstens Lohnarbeit. Das Leben im 19. Jahrhundert war für die Mehrheit hart und entbehrungsreich. Viele fanden keine Arbeit und drohten zu verarmen. Deshalb wanderten auch zahlreiche Schweizerinnen und Schweizer aus: nach Nord- und Südamerika, teilweise nach Osteuropa.

Im 19. Jahrhundert bahnte sich aber auch viel Neues an. Erfindungen wurden gemacht, Verkehrswege ausgebaut und medizinische Fortschritte erzielt. Davon profitierten vor allem die Geldgeber, heute würde man sagen: die Investoren. Das störte viele. Beispielsweise Johann Jakob Treichler – Rechtsanwalt und Sozialist –, der im Jahr 1846 in Zürich Vorträge über den Sozialismus hielt. Im Rahmen eines seiner Referate sagte er: «Wenn man behauptet, auch in der Schweiz gebe es ein Proletariat, dann hört man oft entgegen: Man lässt bei uns niemanden verhungern und erfrieren.» Dem kann Treichler nicht widersprechen, gibt aber zu bedenken, dass es viele Christen nicht kümmern, «dass sie viele Tausende von Brüdern haben, die vom Schicksale verfolgt, gegeisselt, gepeitscht werden, Brüder, denen das Elend wie ein eisern Joch auf dem Nacken sitzt, deren Leben eine grosse Kette von Unglück, Leiden und Trübsal ist. Muss erst das Schrecklichste geschehen», fährt Treichler fort, «ehe wir überhaupt von Elend sprechen dürfen? Müssen wir erst ein paar von Hunger und Kälte gemähte Leichen bekommen, ehe ihr anerkennt: Ja, es gibt ein schweizerisches Proletariat.» Ein paar Wochen später verboten ihm die zürcherischen Behörden Vorträge zu halten. Sie schienen zu befürchten, dass Treichler mit seinen Reden einen Aufruhr provozieren könnte.

«Unsere Epoche ist die Epoche der Bourgeoisie.»

Wohl nicht ganz zu Unrecht! Zwei Jahre später, 1848, fanden in Europa diverse Revolutionen statt. Fast zur gleichen Zeit gaben Friedrich Engels und Karl Marx das «Manifest der Kommunistischen Partei» heraus. «Unsere Epoche», so schreiben sie, sei «die Epoche der Bourgeoisie». Sie habe, sobald sie an die Macht gekommen sei, «die feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört». An die Stelle der quasi gottgegebenen sozialen Rangunterschiede habe die



Bild oben
Pferderennen auf
der Schützenmatte

Bourgeoisie «kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung». Dadurch sei die Arbeitstätigkeit zur Ware geworden – wie übrigens alle anderen Sozialprodukte auch. Daraus habe die Bourgeoisie grossen Profit gezogen. Die Proletarier hingegen seien in ein Leben voller Not und Elend gedrängt worden – ein Leben, in dem bloss ein Dach über dem Kopf und das tägliche Brot sichergestellt seien. Tatsächlich hat die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts den Kapitalbesitzern zu grossem Reichtum verholfen. «Dem Bürgertum», schreibt der renommierte deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler, gelang es, «den Weltmarkt zu erschliessen und erstmals eine wahrhaft globale Weltgeschichte zu initiieren». Ab jetzt bestimmte die Marktmacht und nicht mehr der Adelsrang oder der Berufsstand die gesellschaftliche Position. Wer vermögend war oder wurde, gelangte problemlos auch an die Schalthebel der Macht. Besonders schön ist dieser Mechanismus in Thomas Manns «Buddenbrooks» nachgezeichnet.

Bis zum Ersten Weltkrieg veränderte sich an den sozialen Besitz- und Herrschaftsverhältnissen wenig. Erst der Grosse Krieg sorgte kurzfristig für eine etwas gleichere Verteilung. Im darauf folgenden Boom der «Roaring Twenties», erreichte die Ungleichheit aber neue Höchstwerte. Der Rest ist die mehr oder weniger bekannte Zeitgeschichte: Die soziale Ungleichheit konnte nicht aus der Welt geschaffen werden. Vielmehr verfestigten sich die Besitz- und Vermögensverhältnisse. Diese Aussage macht auch der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty in seinem viel gepriesenen Buch «Das Kapital im 21. Jahrhundert». Er weist nach, dass heute das Vermögen fast so ungleich verteilt ist wie im 19. Jahrhundert. Eine kleine Gruppe von Menschen besitzt einen immer grösseren Anteil des vorhandenen Vermögens. Gemäss Berechnungen der Zeitschrift «Bilanz» ist das kumulierte Vermögen der 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizer zwischen 2002 und 2013 von 340 auf



564 Milliarden Franken angewachsen. Die Hälfte von ihnen, so hat der Soziologe Ueli Mäder herausgefunden, ist nicht durch eigene Leistungen, sondern durch Erbschaften vermögend geworden. «Ihnen fallen die Macht, der Reichtum und ein Grossteil der Produktionsüberschüsse zu», so schreiben Mäder und seine Mitautorinnen und -autoren in ihrem Buch über Reichtum in der Schweiz. Sie weisen auf das «tückische Gesetz der kleinen Zahl» hin, das belegt, dass der Zugang zu Besitz und Macht nur den wenigsten offen steht.

Weltweit gibt es nur drei Staaten, in denen das Vermögen ungleicher verteilt ist als in der Schweiz.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, das Ergebnis bleibt dasselbe: Wer hat, dem wird gegeben; Erfolg führt zu Erfolg. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. «Drei Prozent der privaten Steuerpflichtigen besitzen gleich viel steuerbares Vermögen, wie die restlichen 97% haben», schreibt Ueli Mäder. Gemäss einer Berechnung der Credit Suisse gibt es weltweit (von 165 untersuchten Ländern) nur zwei Staaten, in denen das Vermögen noch ungleicher verteilt ist als in der Schweiz – nämlich Singapur und Namibia. Für die Schweiz bedeutet das beispielsweise, dass jede fünfte Person zu wenig Geld hat, um eine unerwartete Rechnung in der Höhe von 2000 Franken bezahlen zu können. Ist das

in Ordnung? Soll es uns gleichgültig sein, wenn diese Menschen lieber ihre Gesundheit gefährden, als bei Schmerzen zu einem Arzt oder Zahnarzt zu gehen? Ist diese Situation beunruhigend? Zumindest müsste sie einen zum Nachdenken anregen. Ist es möglich, mehr Gleichheit, mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen?

Carlo Knöpfel, der als Co-Autor das neue «Handbuch der Armut» herausgegeben hat, präsentierte in einem Interview mit der «Tageswoche» eine interessante Idee: «Wir haben in der Schweiz 330'000 Millionäre und 290'000 Sozialhilfebezüger. Was wäre, wenn jeder Millionär als Götti eines Sozialhilfebezügers auftreten würde? Dann wäre das Problem auf materieller Ebene erledigt.» So einfach ist es natürlich nicht, das weiss auch Knöpfel. Der bequeme Umkehrschluss, dass soziale Ungleichheit schon immer da war und dementsprechend nicht aus der Welt geschafft (oder schon nur gemildert) werden kann, ist aber ebenso falsch.

Aristoteles war der Meinung, dass Herren und Sklaven von Natur aus zum Herrschen beziehungsweise zum Dienen bestimmt seien. Ungleichheit bewerteten er und seine griechischen Zeitgenossen in der Antike als natürlich, notwendig und nützlich. Eine komplett konträre Haltung vertrat Jean-Jacques Rousseau im Jahr 1754. Seine Antwort auf die Frage: «Welches ist der Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen?» klingt noch heute revolutionär: «Der Erste, welcher ein Stück Land umzäunte, sich in den Sinn kommen liess zu sagen: Dies ist mein, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter

der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Laster, wie viel Krieg, wie viel Mord, Elend und Gräuel hätte einer verhindern können, der die Pfähle ausgerissen, den Graben verschüttet und den Mitmenschen zugerufen hätte: Glaubt diesem Betrüger nicht; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte euch allen, der Boden aber niemandem gehört.»

«Der Erste, welcher ein Stück Land umzäunte und sagte: Dies ist mein, war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft.»

Dass es nicht ohne Privateigentum geht, hat die Geschichte gezeigt. Das Recht auf Privateigentum ist einer der Grundpfeiler des Kapitalismus. Die Chance, Besitz zu haben und das eigene Kapital vermehren zu können, hat die Industrialisierung und das Wirtschaftswachstum überhaupt erst angekurbelt. Dies führte auch zu einem allgemeinen Anstieg des Wohlstands. Darüber hinaus haben die Umverteilungsmechanismen des modernen Sozialstaats einen weiteren entscheidenden Beitrag geleistet. Schliesslich setzte sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts die Erkenntnis durch, dass es diverse Aufgaben von öffentlichem Interesse gibt, die durch den Staat erbracht werden sollten. Die skandinavischen Länder machen diesbezüglich sehr viel. Die angelsächsischen Staaten sind da zurückhaltender. Die Schweiz liegt irgendwo dazwischen. Das hat bei uns dazu geführt, dass einige wenige sehr reich wurden, die grosse Mehrheit auf einem recht guten Wohlstandsniveau lebt und ein kleinerer Teil sozial benachteiligt ist. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Finanzierung der staatlichen Aufgaben – und damit auch soziale Transferleistungen – grösstenteils durch die Vermögenden erfolgt. So bezahlen in der Schweiz 20 Prozent der Bevölkerung 80 Prozent der Steuern. Ausserdem geben viele vermögende Personen mit Spenden oder über Stiftungen wichtige Impulse für den sozialen Ausgleich. Zurück zu Rousseaus Gedanken: Eigentlich ist es falsch, sich auf eine strikte Schwarz-Weiss-Malerei festzulegen.

Mehr Markt – weniger Regulierungen – weniger Staat, verlangen liberale Politiker. Mehr Staat – mehr Regulierungen – mehr Umverteilung, fordern sozialdemokratische Denker. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass Zwischenlösungen erfolgreich



Bild oben
Elendwohnungen
an der Gerbergasse

waren. Die Rede ist von jener Wirtschaft, die sich auf Teilen statt Besitzen ausgerichtet hat. Zu denken ist etwa an das System des Fahrzeug-Teilens, wie es von «Mobility» gehandhabt wird, an Genossenschaften für biologischen Landbau wie der «Birsmattehof» oder auch Wohnbau-Genossenschaften. Solche gemeinsamen Unternehmungen sind eine Ergänzung zum Sozialstaat und zum Kapitalismus. Sie machen deutlich, dass das Teilen von Boden oder Gütern keine Gewinner und Verlierer produziert, sondern viele – gleichberechtigte und gleich privilegierte – Nutzniesser. Ein Ausbau dieser Form des Wirtschaftens – welcher auch durch die öffentliche Hand gefördert werden kann – könnte zu einer Abschwächung der bestehenden sozialen Ungleichheit führen und damit das gesellschaftliche Zusammenleben verbessern.

Quellen

«Armut ist nicht die Schuld des Einzelnen», Interview mit Carlo Knöpfel, in: www.tageswoche.ch
«Armutsbetroffene begegnen einem überall». Interview mit Claudia Schuwey, auf: www.caritas.ch
Burzan, Nicole (2011): Soziale Ungleichheit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Die 300 Reichsten, in: Bilanz. Das Schweizer Wirtschaftsmagazin, 24/2013.
Hank, Rainer: Die neue Klassengesellschaft, auf: www.faz.net
Historisches Lexikon der Schweiz, auf: <http://www.hls-dhs-dss.ch>
Mäder, Ueli (2010): Es soll allen gut gehen, in: Die Zeit Nr. 44/2010, auf: www.zeit.de
Mäder, Ueli/Aratnam, Ganga Jey/Schillinger, Sarah (2010): Wie Reiche denken und lenken. Reichtum in der Schweiz. Geschichte, Fakten, Gespräche, Zürich: Rotpunktverlag.
Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H.Beck.
Schuwey, Claudia/Knöpfel, Carlo (2014): Neues Handbuch Armut in der Schweiz, Luzern: Caritas-Verlag.
Schweizerische Arbeiterbewegung, Zürich: Limmat Verlag, 1989.
Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München: C.H.Beck.
Zweig, Stefan (2012): Die Welt von Gestern. Erstmals erschienen: 1942.
260'000 Schweizer Kinder sind arm, auf: www.20min.ch